

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

SPD/III/35

Hannover, 22. März 1948

Die sozialistische Aufgabe

Von Dr. Kurt Schumacher

Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre erste Aufgabe die Erhaltung des Friedens für ein freies und demokratisches deutsches Volk an. Sie ist darum als erste Partei in Deutschland mit den totalitären Prinzipien des Weltkommunismus zusammengestossen.

Es gibt, vielleicht mit Ausnahme der österreichischen Sozialisten, keine sozialistische Partei in der Welt, die sich so entschieden gegen die Diktatur gewandt hat. Die Sozialdemokratische Partei weiss, dass es gilt, den Anfängen zu widerstehen. Die beste Politik des Friedens ist die Unnachgiebigkeit gegenüber den Herrschaftsansprüchen der Kommunisten.

Die Westmächte haben sich an dem erfolgten grossen kommunistischen Feldzug in Europa insofern schuldig gemacht, als sie fast drei Jahre hindurch den Kommunisten die Freiheit, zu terrorisieren und zu lügen, gegeben haben. Jede Aktion, die die Kräfte der demokratischen Welt konzentriert, die den Kommunisten zeigt, dass sie auf den ernstesten und letzten Widerstand stossen werden, ist darum zu begrüssen.

In Europa haben die sozialistischen Parteien die Aufgabe, die stärkste Phalanx gegen die Kommunisten zu sein. Der politische Krieg auf europäischem Boden wird in dem Ringen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten entschieden. Es gibt in der ganzen Welt keine deutschen, tschechischen, französischen, englischen oder sonstige Kommunisten; es gibt überall nur russische Kommunisten. Für die Deutschen ist die Frage: Sozialdemokrat oder Kommunist, die Frage: Deutscher oder Russe!

Erwartungen der Französischen Zone

Mainz, im März

Mit der Bildung der Trizone, unter welchen Einschränkungen sie auch ins Leben treten mag, werden die auf einen Rheinstaat hinzielenden Pläne hinfällig werden. Die offizielle französische Politik hat sich schon längst von solchen Zielsetzungen distanziert. Gewiss gibt es noch deutsche Politiker, wie Adenauer, die als Föderalisten partikularistischer Färbung aus der deutschen Volksgemeinschaft aussteigen möchten. Dem linken Rheinufer, das politisch in seiner südlichen Hälfte bislang in der Luft hing, gibt die Niederlegung der Zonenhürde die Möglichkeit einer Verschmelzung mit dem übrigen Deutschland und mildert den schmerzhaften Schnitt, der die zusammengehörenden Landesteile Badens und Württembergs trennt.

In der inneren Politik sieht die Bevölkerung eine Verstärkung des bürgerlichen Einflusses durch die augenblicklichen teils absoluten, teils relativen CDU-Mehrheiten in den Parlamenten der drei Länder Rheinland-Pfalz, Südbaden und Südwürttemberg voraus, eröffnet andererseits aber einen Ausgleich des CDU-Drucks in der Zone durch die Stärke der Sozialdemokratie in den Ländern der Doppelzone. Zudem machen sich auch in der französischen Zone selbst schon Anzeichen dafür bemerkbar, dass der Zusammenhalt der CDU nicht so geschlossen ist, wie es nach aussen hin den Anschein hat.

Die Beseitigung der bisherigen Hindernisse wird ferner als der Beginn einer endlichen Belebung der gesamten Wirtschaft der französischen Zone angesehen. Ein Gütertausch auf der gesamten westdeutschen Basis wird die Wirtschaft der Zone aus ihrer Stagnation reissen und - so hofft man - einen Rohstoff- und Warenfluss herüber und hinüber in Gang setzen, der die Versorgungslage der Zone bessert und den niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung hebt. Die allerdings durch Entnahmen verschiedenster Art erheblich beeinträchtigte Veredlungsindustrie der Zone wartet auf Rohstoffe und Halbfabrikate zur Fortigung für den inneren Bedarf und den Auslandsabsatz. Wenn ihre Erzeugung in die in deutschen Interesse liegenden Bahnen geleitet wird, vermag sie ausserordentlichen Anteil an dem Aufstieg der Zone zu haben. Darum wird auch der dringende Wunsch geäussert, die wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen künftig auch nach deutschen und nicht allein nach den oft als einseitig empfundenen Gesichtspunkten der in der Zone stationierten französischen Aussenhandelsorganisationen zu regeln.

Ob diese Wünsche - die nicht geäussert werden, um Besatzungsrechte kritisch zu betrachten, sondern um Wege aus dem Zonendefizit aufzuzeigen - sich erfüllen werden, steht auf einem anderen Blatt. Wenn die für die französische Zone vorgesehene 54 Mill. Dollar Europahilfe ganz für die Gesundung der Zone eingespannt werden, dürften die Voraussetzungen gegeben sein, zumal wenn sie im Interesse dieser Gesundung mit einer Reduzierung der Besatzungskosten auf das Notwendigste in innere Verbindung gebracht werden.

Auf dem Gebiet der Ernährung, deren Sätze hier fast stets unter denen weiter Teile der Bizone lagen, sind die Erwartungen der Bevölkerung besonders gross. Denn die französische Zone ist angesichts der eigenen,

unzureichenden landwirtschaftlichen Erzeugung und der Anforderungen, die an die für die Verpflegung der zahlreichen Besatzungs- und Verwaltungsangehörigen mit ihren Familien und der vielen in Erholungsheimen der Zone weilenden französischen Kinder gestellt werden, immer noch auf umfangreiche Zuschüsse von aussen angewiesen.

Wenn die Zonengrenzen fallen, wird auch wohl bald der Weg frei für das Einströmen von sicherlich Hunderttausenden von Flüchtlingen aus den überfüllten anderen Westzonen. Das ist die Kehrseite der Medaille. Sie enthüllt die Tatsache, dass der neue Zustand erhebliche - und selbstverständliche - menschliche und natürlich auch wirtschaftliche und politische Pflichten im Gefolge hat.

Die Hoffnungen, die auf die Beseitigung der störenden Schranken gesetzt werden, sind in der Zone gross und zahlreich. Erfüllen sie sich, gesendet die Zone wirklich, nicht zuletzt durch eine von wahrhaft europäischem Geist durchtränkte Besatzungspolitik, dann ist auch für die Gemalte der Bevölkerung der Weg frei für die von den Sozialisten beiderseits der deutsch-französischen Grenze schon lange angestrebte echte Verständigung der Franzosen und Deutschen, die ja doch, ob sie wollen oder nicht, zusammengehören. Die politisch Verantwortlichen warten auf den Tag, an dem sie den Umschwung der durch die bisherige Haltung der Besatzung hervorgegerufenen Stimmung einleiten können. (t/B52/193/1/ae)

Das neue Ostzonen - Regime

(Eigenbericht)-be, Berlin, 22. März

Ob die "deutsche Wirtschaftskommission" der Ostzone eine Folge des "Wirtschaftsrats" von Frankfurt ist, ob sie mehr als der Frankfurter Apparat bedeutet, ob ihre politischen Befugnisse weitreichender sind als die Abteilungen der Bizone, ob sie wirklich eine relativ unabhängige deutsche Institution oder ein blosses Verwaltungsorgan der russischen Militärverwaltung sei - diese Fragen und viele andere heften sich an die radikale Umwandlung, die jetzt von der SMA in Berlin-Karlshorst vorgenommen worden ist.

Diese "Wirtschaftskommission", wie sie jetzt stabilisiert worden ist, beendet praktisch jegliche parlamentarische Mitarbeit der Ostzonenländer an der wirtschaftlich-sozialen Gebarung der Ostzone. Die Instanzen der Wirtschaftskommission sind gegenüber den Ländern der Ostzone mit sehr hohen Vollmachten ausgestattet: Vollmachten, die an keine Kontrolle durch die demokratischen Instanzen von Parlament und Regierung gebunden sind. Die Mitglieder der "Wirtschaftskommission" sind lediglich an die Weisungen und die Wünsche und die Aufträge der russischen Militärregierung gebunden. Sie sind durch keinen Wahlakt in ihre Funktionen berufen, sondern durch den Befehl der Militärregierung, die sie ausgewählt und nominiert hat.

Es gibt ein Neunmänner-Kollegium, das "Sekretariat", das in Praxis die Regierung der Ostzone genannt werden kann. Sieben von diesen neun Männern sind Kommunisten; der Vorsitzende Rau, der bisherige Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister von Brandenburg, sein erster Stellvertreter

Leuschner, der bisher interimistisch die Leitung der Kommission hatte und jetzt für "Planung" verantwortlich sein soll, sein zweiter Stellvertreter Selbmann, der als bisheriger Wirtschaftsminister von Sachsen in der Umwandlung der Industrie in "volkseigene Betriebe" Erkleckliches geleistet hat. Daneben sind die kommunistisch geführten Gewerkschaften mit Jendretzky und die kommunistische Bauernorganisation mit Vieweg in diesem "Sekretariat" vertreten. Für Personalfragen ist selbstverständlich ein alter Kommunist, Lemjka, zuständig. Die zwei nominell nicht-kommunistischen Mitglieder dieses "Sekretariats" sind der ehemalige LDP-Landesvorsitzende von Sachsen, Dr. Kastner, den seine Partei wegen seiner bedingungslosen KP-Hörigkeit nicht mehr wieder zum Vorsitzenden gewählt hat, und der CDU-Stalingrad-Major Steille, der bei der Ausboottung Kaisers aus der Ostzonenleitung der CDU der Besatzungsmacht beste Dienste geleistet hatte.

Im übrigen sind eine Reihe von Präsidenten und Stellvertretern und Referenten, die nicht der SED angehören oder gegen sie opponieren, im grossen Aufräumen dieser Tage auf der Strecke geblieben. Der Präsident der Zentralverwaltung der Industrie, Skrypczynski gehört zu ihnen. Aus der Selbstherrlichkeit gewisser Autoritätsstellen sind die anderen, die nicht das blinde Vertrauen der sowjetischen Besatzungsmacht haben und nicht gewillt waren, nur Befehlsempfänger zu sein, in den Stand von Abteilungsreferenten herabgedrückt worden. Praktisch wird das kommunistische Sekretariat dieser "Wirtschaftskommission" nunmehr die Ostzone in der Kombination von eigenen Projekten und SMA-Befehlen streng totalitaristisch lenken.

Die Tatsache, dass zwischen dem Haus in der Leipziger Strasse und der SMA in Berlin-Karlshorst nur noch Telefon-Anrufe genügen, um die gesamte Ostzone ohne Rücksicht auf in der Zone existierende Landtage und Parteien und Regierungen zu regieren, hat diese "Wirtschaftskommission" wie keine Einrichtung vorher zum unmittelbar verlängerten Arm der russischen Besatzungsmacht in Deutschland gemacht. Wenn die Gewerkschaften und die Bauern in diesem Sekretariat der Ostzonen-Regierung auch vertreten sind, so weiss man, dass dies keineswegs die Garantie für eine demokratische Rolle, sondern bei den gegebenen Umständen nur die Verstärkung des ausschliesslichen totalitären Kurses bedeutet. Man wird die "Wirtschaftskommission" also als eine rein kommunistische Ostzonen-Regierung auffassen müssen, die ausschliesslich im Auftrag der russischen Besatzungsmacht arbeitet. (b/E3a/223/l/he)

Messen und Währungsreform

"Infolge der vielen bereits bezahlten hl. Messen und wegen der bevorstehenden Währungsreform können bis auf weiteres vom Pfarramt keine heiligen Messen mehr angenommen werden."

(Kirchenanzeiger der Pfarrei Türkheim,
22./29. Februar 1948)

Für ein Besatzungsstatut

sp. Die Notwendigkeit, möglichst schnell ein Besatzungsstatut für Deutschland zu schaffen, wird in immer grösseren Kreisen Deutschlands erkannt. Dabei ist man sich überall bewusst, dass ein Besatzungsstatut nur eine unzureichende Notlösung für die Zeit sein kann, in der noch kein Friedensvertrag besteht und dass die Schaffung eines solchen Statutes keineswegs die Bemühungen um die endgültige Friedensregelung beeinträchtigen darf. Die Forderung nach einem solchen Statut ist zuerst von der SPD erhoben worden, die genaue Richtlinien als Anregung an den Alliierten Kontrollrat gegeben hat.

Diesem Verlangen hat sich auch, zum mindesten in ihrem Grundsatz, huerzlich die "Aktionsgruppe Heidelberg" angeschlossen. Es handelt sich dabei um eine private Vereinigung hervorragender, politisch besonders interessierter, parteipolitisch teils nicht gebundener, teils verschiedenen Lagern angehöriger Persönlichkeiten, die bemüht sind, durch sachliche Diskussion an der heute so notwendigen politischen Begriffsklärung mitzuarbeiten. Zu diesem Kreis gehören einige Dozenten der Heidelberger Universität, hohe Verwaltungsbeamte, namhafte Schriftsteller und sonstige Männer, die im öffentlichen Leben stehen. Auf einer Tagung, an der Persönlichkeiten aus den verschiedensten deutschen Ländern teilnahmen, wurde folgende Erklärung zur Wahrung der persönlichen Freiheit und der deutschen Einheit beschlossen:

Besatzungsrecht

1. Die Besetzung des deutschen Staatsgebietes muss auf internationale Rechtsgrundlagen mit Berufungsmöglichkeit an ein internationales Gericht gestellt werden.
2. Die Rechte der Besatzungsmächte sind gegenüber den Rechten des Deutschen Volkes klar abzugrenzen.
3. Die allgemeinen Menschenrechte auf persönliche Freiheit und Rechtssicherheit sind den Deutschen zu gewährleisten.

Weiter wird in dieser Entschliessung die Aufrechterhaltung einer einheitlichen deutschen Währung im Interesse und zur Befestigung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands gefordert. (Bl/1/233/1/ae)

- - - - -
Die Schuld Beneschs

sp. In einer kürzlich in London gefassten Erklärung der parlamentarischen Gruppe der sudetendeutschen Sozialdemokraten zu den jüngsten Ereignissen in der Tschechoslowakei heisst es u.a.:

"Der Nachfolger T.G. Masaryks hatte die demokratische Staatskunst durch blinden Nationalismus ersetzt. Es war Dr. Benesch, der 1943 für die russische Unterstützung seiner Massendeportationen die tschechoslowakische Unabhängigkeit verspielte. Dr. Benesch hat mit seinem Austreibungsdekret vom Juni 1945 vier Millionen seiner bisherigen Mitbürger deutscher und ungarischer Nationalität geächtet und enteignet.

Mit diesem Austreibungsdekret war dem Rechtsgrundsatz in der Nachkriegs-CSR ein tödlicher Schlag versetzt worden. Von den Austreibungsgebieten im Sudetenland und in der Südslowakei aus breitete sich ein Zustand des nackten Terrors, der Räuberei und Korruption über das ganze Land aus.

22. März 1948

Mit der Kapitulation der tschechischen Demokratie und der "Gleichschaltung" etlicher ihrer allerersten Leute wurde auch der letzte aller fadenscheinigen Vorwände für die Massenausweisung aus den böhmischen Ländern von den Tschechen selber hinweggefegt. Die westliche öffentliche Meinung war mit dem Argument gehätschelt worden, dass "ein undemokratisches Element" entfernt werden solle, um die demokratische Stabilität und Unabhängigkeit der neuen CSR zu sichern.

Nun aber glücken die Ergebnisse ein wesentlich anderes, bisher sorgsam gehütetes Geheimnis aus: es war die Ausweisungspolitik, die das tschechische Volk von der westlichen Zivilisation abschneidet und das Land untrennbar an den slawischen Block gebunden hat!

" Das Revier "

sp. Die in Essen erscheinende "Neue Ruhr Zeitung" bringt am 24. März zum ersten Mal eine monatlich erscheinende besondere politische Beilage heraus. Sie soll insbesondere den sozialdemokratischen Funktionären im Ruhrgebiet eine zusätzliche Möglichkeit guter Unterrichtung geben, vor allem auch durch sehr gründliche Beiträge zu allen wesentlichen Fragen der Aussen- und Innenpolitik. In einem programmatischen Aufsatz "SPD an Rhein und Ruhr" von Kurt Schumacher heisst es u. a.:

"Eine einseitige Internationalisierung der Ruhr würde den internationalen Gedanken nicht nur in Deutschland töten, sondern auch den Wirtschaftsnationalisten der anderen Länder Hilfe leisten und damit die Zukunft der Internationalisierung, wenn man sie auf Kosten eines einzigen Landes haben kann.

Da die allein mögliche Form der gleichzeitigen Internationalisierung heute politisch nicht gegeben ist, müssen die deutsche Arbeiterklasse und vor allem die Arbeitenden an Ruhr und Rhein ihre Kraft auf das Ziel der Sozialisierung konzentrieren. Die Entwicklung mag gehen wie sie will, der Gedanke, dass die grossen und entscheidenden Produktionsmittel Eigentum des deutschen Volkes sind, muss kämpferisch durchgesetzt werden.

In der Eigentumsfrage gibt es nur diesen Weg zur Sicherung des Friedens, zur Sicherung vor dem furchtbaren Missbrauch des Geldes in der Politik, er ist der Weg zu einer gesunden nationalen Moral und einer Klassenmoral, die den Ausgleich mit anderen Schichten dann aber nur dann finden kann." (1/223/1/he)

Kriegsgefangene bleiben in England

sp. Von den noch in England befindlichen deutschen Kriegsgefangenen haben sich bisher 14.952 als freie Landarbeiter und 865 als Pfleger in Krankenhäusern zu weiterem Verbleib verpflichtet. Von mehreren Tausend liegen ausserdem Anträge vor, als freie Arbeiter verpflichtet zu werden. Darüber wird jedoch erst entschieden werden können, wenn die Frage ihrer Unterkunft gelöst ist. (B65/262/1/he)

Verantwortlich: Peter Baunä